

Hanauer Friedensplattform
c/o Doris Werder
Jahnstraße 8
63450 Hanau
06181 160431
dwerder@t-online.de

An das Polizeipräsidium Südothessen
Polizeidirektion Main-Kinzig
Polizeistation Hanau II
Herrn Kai-Erik Gottschalk
Herrn Dieter Rödiger
Herrn Rainer Kraus

An das Ordnungsamt der Stadt Bruchköbel
Herrn Dr. Achim Wächtler
An den Bürgermeister der Stadt Bruchköbel
Herrn Günter Maibach

Hanau, den 9.5.2012

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Dr. Wächtler, sehr geehrter Herr Bürgermeister Maibach,
sehr geehrter Herr Gottschalk, sehr geehrter Herr Rödiger, sehr geehrter Herr Kraus,

am 6. April haben wir von der Hanauer Friedensplattform zusammen mit dem DGB
Südothessen unseren traditionellen Ostermarsch in Bruchköbel durchgeführt.

Das Motto unseres Ostermarsches 2012 lautete „Nie wieder Krieg! Nie wieder
Faschismus!“ und eines unserer Kernanliegen ist in diesem Jahr auch die
vollständige Aufklärung der NSU-Morde und das Verbot der NPD.

Entsetzt mussten wir feststellen, dass ca. 10 Minuten nach Beginn unserer
Veranstaltung eine Gruppe von ca. 15 Nazis von der Polizei zum Platz unserer
Kundgebung gebracht wurde, darunter Führungspersonal der hessischen NPD und
deren Jugendorganisation JN. Diese bedrohten Teilnehmer unserer Veranstaltung
mit dem Ruf „wir kriegen Euch alle“. Die NSU-Morde haben gezeigt, dass wir
derartige Drohungen sehr ernst nehmen müssen.

Die unter den beschriebenen Bedingungen zu erwartenden Rangeleien blieben dann
auch nicht aus. Eine Polizeikette wurde erst nach Rangeleien zwischen unsere
Kundgebung und die Nazitruppe gezogen. Dies entsprach nicht der Absprache, die
wir vorher mit der Hanauer Polizei getroffen hatten, nach der Sie die Neonazis von
unseren Demonstranten trennen würden. Wir erwarten von der Polizei und dem

Ordnungsamt, dass sie unseren Ostermarsch schützen und Neonazis vom Platz fernhalten.

Im Anschluss an unseren Ostermarsch wurde die Gruppe der Neonazis von der Polizei zum Bahnhof gefahren (die FR berichtete am 7. April).

Die Zulassung von Neonazis zu unserer Friedensdemonstration werten wir als Anschlag auf unsere Demonstrationsfreiheit und auf unser Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieser Anschlag ist unter tätigem Mitwirken der Hanauer Polizei ausgeübt worden.

Unser Demonstrationsrecht wurde von Polizei und Ordnungsamt konterkariert, da wir nicht Seite an Seite mit Faschisten für das NPD-Verbot werben können. Es sollte doch selbstverständlich sein, dass an einer Demonstration, die das Verbot der NPD zum Inhalt hat, keine Faschisten und insbesondere keine NPD-Mitglieder teilnehmen dürfen!

Bei unserem Ostermarsch am 6. April 2012 erinnerten wir an den sechsten Todestag von Halit Yozgat, der von der Neonazi-Gruppe NSU ermordet worden war. Bei dem Mord war der hessische Beamte und Verfassungsschützer Andre T. zugegen. Wir müssen daher davon ausgehen, dass hessische Behörden hier gemeinsame Sache mit faschistischen Gruppen machen.

Die Polizei und das Ordnungsamt schützen nicht – so wie es ihre Aufgabe wäre – unseren Ostermarsch sondern konterkarieren unsere antifaschistische und friedenspolitische Veranstaltung.

Unser Fehler war es dabei, uns auf die Behörden verlassen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Werder
Im Auftrag der Hanauer Friedensplattform